

07.500

**Parlamentarische Initiative
Stähelin Philipp.
Aufhebung der Bestimmungen
zum Vorauszahlungsvertrag**
**Initiative parlementaire
Stähelin Philipp.
Abroger les dispositions
sur le contrat de vente
avec paiements préalables**

Schlussabstimmung – Vote final

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.12 (Frist – Délai)

Bericht RK-SR 03.05.13 (BBI 2013 4631)

Rapport CAJ-CE 03.05.13 (FF 2013 4139)

Stellungnahme des Bundesrates 03.07.13 (BBI 2013 5793)

Avis du Conseil fédéral 03.07.13 (FF 2013 5221)

Ständerat/Conseil des Etats 11.09.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 26.11.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBI 2013 9681)

Texte de l'acte législatif (FF 2013 8699)

**Obligationenrecht (Aufhebung der Bestimmungen zum
Vorauszahlungsvertrag)**
**Code des obligations (Abrogation des dispositions sur
la vente avec paiements préalables)**

*Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 07.500/9816)*Für Annahme des Entwurfes ... 194 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

12.076

**Pädophile sollen nicht mehr
mit Kindern arbeiten dürfen.
Volksinitiative.
Änderung des StGB, des MStG
und des JStG**

**Pour que les pédophiles
ne travaillent plus avec des enfants.
Initiative populaire.
Modification du CP, du CPM
et du DPMIn**

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 10.10.12 (BBI 2012 8819)

Message du Conseil fédéral 10.10.12 (FF 2012 8151)

Nationalrat/Conseil national 21.03.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 10.06.13 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 11.06.13 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 18.06.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 11.09.13 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.09.13 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 19.09.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 27.09.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 27.09.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 26.11.13 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 02.12.13 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 1 (BBI 2013 9683)

Texte de l'acte législatif 1 (FF 2013 8701)

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Herr Keller hat das Wort für eine Erklärung der Redaktionskommission.

Keller Peter (V, NW), für die Kommission: Gemäss Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung der Bundesversammlung vom 3. Oktober 2003 über die Redaktionskommission sind erhebliche Textänderungen in jedem Rat durch eine Vertreterin oder einen Vertreter der Redaktionskommission vor der Schlussabstimmung zu erläutern.

Gemäss Beschluss des Nationalrates vom 11. Juni 2013, dem sich der Ständerat anschloss, wurde das Kontakt- und Rayonverbot in Artikel 67b Absatz 2 Buchstabe d des Strafgesetzbuches, in Artikel 50b Absatz 2 Buchstabe d des Militärstrafgesetzes und in Artikel 16a Absatz 2 des Jugendstrafgesetzes geändert.

In Artikel 294 Absatz 2 des Strafgesetzbuches, welcher auf die zuvor genannten Artikel verweist, wurde die entsprechende Änderung nicht nachvollzogen. Die Redaktionskommission hat die Bestimmung in Artikel 294 Absatz 2 des Strafgesetzbuches entsprechend angepasst. Es handelt sich dabei nicht um eine materielle Änderung. Den Wortlaut finden Sie im Schlussabstimmungstext, den Sie erhalten haben.

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Frau Rickli spricht für die SVP-Fraktion.

Rickli Natalie Simone (V, ZH): Wir sind bei der Schlussabstimmung zum Geschäft 12.076 bezüglich des Bundesgesetzes über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot. Irreführenderweise läuft das Geschäft immer noch unter der Geschäftsnummer 12.076, «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Nationalrat Gregor Rutz hat Ihnen am vergangenen 26. November ja aufgezeigt, weshalb dies politisch irreführend und auch juristisch nicht korrekt ist.



Beim vorliegenden Gesetz handelt es nicht um einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt werden. Sie wissen auch, dass ein indirekter Gegenvorschlag gar nicht in Kraft treten könnte, sollte die Volksinitiative angenommen werden. Das sage ich hier auch explizit zuhanden der Journalisten und der Schweizerischen Depeschenagentur, die irrtümlicherweise immer wieder von einem Gegenvorschlag sprechen. Ich weiss, es ist kompliziert, aber es ist wichtig, dass man das korrekt wiedergibt.

Wir stimmen heute über das Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot ab. Die SVP-Fraktion hat diesem Gesetz am 10. Juni 2013 zugestimmt. Der Nationalrat hatte es mit 176 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Am vergangenen 26. November nun hat der Nationalrat diesem Gesetz ein zehnjähriges Berufsverbot für Pädophile hinzugefügt, dies aber nur bei einer Mindeststrafe von sechs Monaten. Damit will er den Stimmbürgern weismachen, dass die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» gar nicht nötig sei. Dagegen wehrt sich die SVP. Die Volksinitiative fordert ein lebenslanges Berufsverbot; dieses unterstützen wir. Aus diesem Grund können wir dem vorliegenden Bundesgesetz so nicht zustimmen, wenn auch der Rest des Gesetzes in die richtige Richtung geht.

Aus diesem Grund wird sich die SVP-Fraktion der Stimme enthalten.

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Herr Guhl hat das Wort für eine Erklärung im Namen der BDP-Fraktion.

Guhl Bernhard (BD, AG): Eigentlich könnte ich fast die Worte meiner Vorednerin wiederholen, ich lese jetzt aber doch die Fraktionserklärung der BDP-Fraktion herunter.

Die BDP-Fraktion hat nach verschiedenen Beratungen und Diskussionen um direkte und indirekte Gegenentwürfe in der Herbstsession beschlossen, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, und hat entsprechend abgestimmt. Das nun vorliegende Gesetz, welches ursprünglich als indirekter Gegenvorschlag gedacht war, enthält einige Verschärfungen für Pädokriminelle. Dazu gehört ein lebenslängliches Tätigkeitsverbot, wie es auch von den Initianten verlangt wird. Vorgesehen sind auch Kontakt- und Rayonverbote für verurteilte Sexualstraftäter. Diese über die Initiative hinausgehenden Massnahmen sind es, welche die BDP-Fraktion dazu veranlassen, die Vorlage nicht abzulehnen.

Der BDP geht diese Vorlage aber zu wenig weit. Ziel der Initiative ist die Verhinderung weiterer Opfer durch bereits verurteilte Täter. Die nun im Gesetz vorgeschlagenen zehn Jahre Tätigkeitsverbot sind der BDP zu wenig. Wie die Initiative fordert die BDP-Fraktion ein lebenslanges Tätigkeitsverbot.

Daher kann die BDP-Fraktion dieser Vorlage so nicht zustimmen und wird sich der Stimme enthalten.

1. Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot (Änderung des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes)

1. Loi fédérale sur l'interdiction d'exercer une activité, l'interdiction de contact et l'interdiction géographique (Modification du Code pénal, du Code pénal militaire et du droit pénal des mineurs)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.076/9832)

Für Annahme des Entwurfes ... 115 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(79 Enthaltungen)

12.097

Überstellung verurteilter Personen. Vertrag zwischen der Schweiz und Kosovo

Transfèrement des personnes condamnées. Traité entre la Suisse et le Kosovo

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 30.11.12 (BBI 2013 159)
Message du Conseil fédéral 30.11.12 (FF 2013 159)

Nationalrat/Conseil national 10.09.13 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 02.12.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2013 9705)
Texte de l'acte législatif (FF 2013 8723)

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags zwischen der Schweiz und Kosovo über die Überstellung verurteilter Personen

Arrêté fédéral portant approbation du traité entre la Suisse et le Kosovo sur le transfèrement des personnes condamnées

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.097/9818)

Für Annahme des Entwurfes ... 153 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(41 Enthaltungen)

12.100

Menschen mit Behinderungen. Übereinkommen

Personnes handicapées. Convention

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 19.12.12 (BBI 2013 661)
Message du Conseil fédéral 19.12.12 (FF 2013 601)

Nationalrat/Conseil national 21.06.13 (Erstrat – Premier Conseil)
Ständerat/Conseil des Etats 26.11.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)
Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)
Text des Erlasses (BBI 2013 9703)
Texte de l'acte législatif (FF 2013 8721)

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Arrêté fédéral sur l'approbation de la Convention du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 12.100/9819)

Für Annahme des Entwurfes ... 139 Stimmen
Dagegen ... 55 Stimmen
(1 Enthaltung)

